

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 10. Juni 2015

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 12 Stadtratsmitglieder. Die Stadträte Hennrich, Laumeister, Siebentritt und Wetzel fehlten entschuldigt.

Ferner waren anwesend: Forstrevierleiter Ralf Steinhardt
VR Englert, Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 - 7, nichtöffentlich ab TOP 8 und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.30 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bürgerfragestunde

Während der Bürgerfragestunde wurden keine Anliegen an den Stadtrat herangetragen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Stadtratssitzung am 13.05.2015

Der Stadtrat beschloß, die Niederschrift über die Stadtratssitzung am 13.05.2015 zu genehmigen.

3. Stadtwald

3.1 Forstbericht 2014

Forstrevierleitung und Stadtkämmerei haben den Forstbericht für das Jahr 2014 erstellt. Bei Gesamteinnahmen von 531.727,93 € und Gesamtausgaben von 426.633,14 € ergibt sich ein Überschuß von 105.094,79 € (Vorjahr: 104.438,45 €). Positiv hat sich auf das Ergebnis ausgewirkt, dass die beiden Waldarbeiter wieder für drei Monate im städtischen Bauhof beschäftigt wurden und insofern Lohnkosten umverteilt werden konnten.

Insgesamt wurden 4.865 fm Holz eingeschlagen. Dies entspricht etwa 87% des neuen Soll-Einschlags von 5.600 fm. Der Durchschnittserlös je fm konnte insbesondere aufgrund eines hohen Anteils an Starkholz nochmals von 58 € auf 63 € gesteigert werden; allerdings ist aktuell insbesondere im Bereich der Nadelhölzer mit nachgebenden Preisen zu rechnen. Nach wie vor besteht eine große Nachfrage nach Brennholz für den privaten Bereich. Im Jahr 2013 wurden 1570 fm verkauft. Dabei ist das Polterholz überwiegend an Wörther Bewerber verkauft worden, während auswärtige Interessenten mehrheitlich Schlagabraum nachgefragt haben.

Auf Anfrage von Stadtrat Turan erläuterte Forstrevierleiter Steinhardt, daß die vom Stadtrat beschlossene Höchstmenge von 10 fm je Haushalt aufgrund variabler Poltergrößen nicht in jedem Falle voll ausgeschöpft werden konnte.

Abschließend erinnerte Herr Steinhardt an die im Jahr 2014 verstorbenen früheren Mitarbeiter Hermann Breunig und Erich Kirchgeßner.

Der Stadtrat nahm den Forstbericht 2013 zur Kenntnis. Er dankte Revierleiter Steinhardt für die geleistete Arbeit.

3.2 Abschluß eines Werkvertrages für die Erstellung der Forsteinrichtung

In seiner Sitzung am 11.03.2015 war der Stadtrat von Herrn Forstdirektor Ort über die anstehende Forsteinrichtung informiert worden. Zwischenzeitlich hat das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) die Ausschreibung der Erhebungsarbeiten durchgeführt. Wenigstnehmender Bieter war dabei Herr Dieter Hüttlinger, Würzburg, mit einem Angebotspreis von 41.432,23 € brutto. Der städtische Anteil beträgt somit vorläu-

fig 24.652,04 €

Die Verwaltung hat im Interesse einer zügigen Arbeitsaufnahme dem Vertragsschluß zwischen dem AELF und Herrn Hüttlinger zugestimmt.

Der Stadtrat beschloß, dies zu genehmigen.

4. Antrag der Bürgerinitiative „Stop TTIP“ - Beschluß einer Resolution zur Nichtanwendung eines Freihandelsabkommens bei Belangen kommunaler Daseinsvorsorge

Mit Schreiben vom 06.05.2015 hat die Bürgerinitiative „Stop TTIP“, vertreten durch Herrn Reinhold Spall, beantragt, die Stadt Würth möge sich wie der Landkreis Miltenberg gegen eine Anwendung des derzeit verhandelten Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf Belange der kommunalen Daseinsvorsorge aussprechen.

Bgm. Fath erläuterte hierzu, daß insbesondere die fehlende Transparenz des Verhandlungsprozesses kritisch zu beurteilen ist. Zielsetzung für die Kommunen sollen die Nichtanwendung von TTIP auf Belange der kommunalen Daseinsvorsorge (definiert über eine Positivliste), die Beibehaltung des EU-konformen Vergaberechts, die Zuständigkeit nationaler Gerichtsbarkeiten im Streitfalle sowie die Beibehaltung der Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards. Eine generelle Ablehnung von Freihandelsabkommen ist damit jedoch nicht verbunden.

Stadtrat Oettinger vertrat die Auffassung, einige Inhalte der Resolution seien durch zwischenzeitlich erzielte Verhandlungsergebnisse überholt. Zudem seien den Verhandlungsführern der EU Vorgaben auferlegt, die auch die Belange der Kommunen schützen sollen.

Der Stadtrat beschloß nach kurzer Beratung folgende Resolution:

„Der Würther Stadtrat schließt sich den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) an. Diese fordern übereinstimmend: "Die Freihandelsabkommen dürfen die für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen der Kommunen nicht beeinträchtigen."

Daher dürfen so genannte Marktzugangsverpflichtungen im TTIP (und allen weiteren Freihandelsabkommen) nicht auf die kommunale Daseinsvorsorge angewendet werden. "Durch derartige Verpflichtungen im TTIP oder auch TiSA könnte die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werden. Deshalb fordern wir, insbesondere die nicht-liberalisierten Bereiche der Daseinsvorsorge aus dem Abkommen zu nehmen", so die vier Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände.

Kommunale Dienstleistungen, wie beispielsweise die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder die Kultur dürfen durch das Abkommen nicht tangiert werden. Die derzeit auch durch die EU garantierte umfassende Organisationsfreiheit der Kommunen bei Entscheidungen zur Daseinsvorsorge muss uneingeschränkt erhalten bleiben und darf nicht durch falsch verstandenen Wettbewerb eingeschränkt werden. Die Geschäftsführer Articus, Henneke, Landsberg und Reck betonen: "Bei der europäischen Reform des öffentlichen Auftragswesens und der Konzessionsrichtlinie haben im Zusammenhang mit der Wasserversorgung und dem Rettungsdienst am Ende die politische Einsicht zugunsten kommunaler Strukturen und das hohe Leistungsniveau kommunaler Dienstleistungen gesiegt. Das Erreichte darf durch Freihandelsabkommen nicht unterlaufen werden." Freihandelsabkommen dürfen zudem nicht dazu führen, dass der Handlungsspielraum der EU oder der Mitgliedstaaten eingeschränkt wird, in ihrer Umweltpolitik bestimmte als notwendig erachtete erhöhte Standards oder von Vertragspartnern abweichende Regulierungsansätze beizubehalten oder neu einzuführen (zum Beispiel die Zulassung be-

stimmter Pflanzenschutzmittel oder auch die Erzeugungsprozesse von Lebensmitteln). In der EU bestehende einheitliche oder national geltende Standards dürfen auf gar keinen Fall mit einem vorrangigen Abbau von Handelshemmnissen reduziert werden. Das gilt insbesondere für den Umwelt- und Verbraucherschutz.

Aufgrund der umfassenden Auswirkungen eines solchen Abkommens besteht ein berechtigtes Interesse an Transparenz bei den Verhandlungen. Ein guter Weg, beide Interessen zu wahren, ist die frühzeitige Einbindung relevanter Gruppen, z.B. die kommunale Ebene und die Erbringer öffentlicher Dienstleistungen in die bei der EU-Kommission bestehenden Beratergruppen.“

5. Feuerwehrbedarfsplanung

Bereits in seiner Sitzung am 20.01.2010 hatte der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, „bei der Kreisbrandinspektion eine Gesamtkonzeption anzufordern, aus der der Umfang der in Würth vorzuhaltenden Ausstattung und Ausrüstung ersichtlich ist“.

Insbesondere die vorgesehene Erschließung des Industriegebietes „Weidenhecken“ macht eine umfassende Beurteilung des notwendigen Bedarfs sowie ggf. ein längerfristiges Beschaffungskonzept unabweisbar. Auf entsprechende Nachfrage haben Kommandant Vornberger und Kreisbrandrat Lebold bestätigt, daß sie die Bedarfsplanung in einem Zeitraum von ca. sechs Monaten erstellen können. Dabei sollen auch Möglichkeiten einer weiteren interkommunalen Zusammenarbeit überprüft werden. Die Beauftragung eines unabhängigen Fachbüros wäre damit nicht erforderlich.

Die Verwaltung empfiehlt, dennoch einen Betrag von 5.000 € für eine eventuell sinnvolle punktuelle externe Begleitung der Arbeiten in den Nachtragshaushalt 2015 einzustellen.

Der Stadtrat nahm dies zustimmend zur Kenntnis.

6. Bekanntgaben

Bgm. Fath gab bekannt, daß im Rahmen der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 08.07. eine Begehung der Grund- und Mittelschule stattfinden soll.

7. Anfragen

- Auf Anfrage von Stadtrat Ferber teilte Bgm. Fath mit, daß in der Bayernstraße abgestellter Hausrat vermutlich als Sperrmüll abgefahren werden wird.
- Stadtrat Lenk wies darauf hin, daß ein Sandsteintürsturz am Anwesen Odenwaldstraße 17 stark beschädigt ist und möglicherweise eine Gefährdung des Straßenraumes darstellt. Bgm. Fath sagte eine Überprüfung zu.
- Stadtrat Salvenmoser teilte mit, daß seiner Beobachtung nach die Müllbehälter am Mainufer für die an den Wochenenden anfallenden Abfallmengen nicht ausreichen. Bgm. Fath verwies auf die regelmäßigen Leerungen durch den städtischen Bauhof sowie auf die vorgesehene Aufstellung etwas größerer Behälter.
- Auf Anfrage von Stadtrat Dreher gab Bgm. Fath bekannt, daß die Reparatur des Gehweges am Bahnhofsvorplatz bis zum Ende der Woche abgeschlossen sein soll.
- Stadtrat Hofmann beklagte, daß der landwirtschaftliche Weg am Mainufer Richtung Obernburg insbesondere an den Wochenenden stark von ortsfremden Fahrzeugen widerrechtlich genutzt wird. Bgm. Fath verwies auf die Kontrollfahrten der Polizei; eine Ahndung durch die Kommunale Verkehrsüberwachung ist jedoch nicht möglich.
- Stadtrat Hofmann regte an, in der Galgenstraße eine weitere Hundetoilette aufzustellen.

10. Bekanntgaben

Bgm. Fath gab folgendes bekannt:

- Alle Stadtratsmitglieder sind zur Kiliani-Wallfahrt der Diözese am 06.07.2015 eingeladen
- Die für den 17./18.06. vorgesehene Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses entfällt. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 06.07. statt.
- Die Verwaltung wird für die vorgesehene Klausurtagung des Stadtrates per e-mail Terminvorschläge versenden. Auf Anfrage von Stadtrat Salvenmoser teilte er mit, daß der Ablauf vom Bürgermeister gemeinsam mit den Fraktionssprechern vorbereitet werden soll.

Wörth a. Main, den 11.06.2015

A. Fath
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer